

# Änderungsantrag

Einreicher:

**Kreistagsfraktionen CDU+, DIE LINKE**

Vorlagen Nr.:

**A/4/0154**

Status: öffentlich

| Gremium                   | Zuständigkeit | Sitzungstermin |
|---------------------------|---------------|----------------|
| Kreistag Vorpommern-Rügen | Entscheidung  | 06.07.2026     |

**Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU+, DIE LINKE zur Haushaltssatzung 2026:  
„Anhebung des Kreisumlagesatzes und begleitende Konsolidierungsmaßnahmen“**

### Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Anhebung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2026 auf 43,5 Prozent, um die Voraussetzungen für eine Genehmigung des Kreishaushaltes durch das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen.

Gleichzeitig wird der Landrat beauftragt, zur nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises die nachfolgenden Konsolidierungsmaßnahmen umzusetzen:

#### **1. Einrichtung eines zeitweiligen Ausschusses zur Haushaltskonsolidierung**

Der Kreistag richtet einen zeitweiligen Ausschuss mit neun Sitzen ein.

Der Ausschuss wird beauftragt,

- gemeinsam mit der Kreisverwaltung die Ausschreibung zur Beauftragung eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers bzw. einer externen Beratungsgesellschaft zur Durchführung einer Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung der Kreisverwaltung vorzubereiten,
- die Durchführung der Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung fachlich zu begleiten,
- die Ergebnisse der Prüfung auszuwerten,
- auf Grundlage der Prüfung konkrete Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und strukturellen Verbesserung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises zu erarbeiten sowie
- dem Kreistag hierzu Bericht zu erstatten und entsprechende Beschlussvorschläge für die kommenden Haushaltsberatungen zu unterbreiten.

#### **2. Digitalisierung der Verwaltung beschleunigen**

- Einführung eines flächendeckenden digitalen Post- und Dokumentenversands (E-Post), um Personal-, Druck-, Porto- und Verteilungskosten dauerhaft zu senken.

#### **3. Investitionen priorisieren**

- Nicht zwingend erforderliche Investitionsmaßnahmen sind zeitlich zu strecken oder zurückzustellen. Vorrang haben Pflichtaufgaben sowie investive Maßnahmen mit hoher Förderquote.

#### **4. Jährliche Berichterstattung**

- Der Landrat berichtet dem Haushalts- und Finanzausschuss und dem Kreisausschuss jährlich über die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen und die tatsächlich erzielten Einsparungen.

### **Begründung:**

Der Landkreis Vorpommern-Rügen steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Gleichzeitig darf die notwendige Haushaltskonsolidierung nicht ausschließlich zulasten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden erfolgen.

Mit einer Anhebung der Kreisumlage auf 43,5 Prozent wird ein tragfähiger Kompromiss geschaffen, der einerseits die Chancen auf eine Haushaltsgenehmigung deutlich verbessert und andererseits die Belastungen für die Kommunen gegenüber einer Erhöhung auf 45 Prozent reduziert.

Die Zustimmung zur Anhebung der Kreisumlage erfolgt ausdrücklich unter der Voraussetzung, dass der Landkreis gleichzeitig konsequente eigene Konsolidierungsmaßnahmen einleitet. Hierzu soll erstmals eine unabhängige Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung durchgeführt werden. Der hierfür eingerichtete zeitweilige Ausschuss gewährleistet die politische Begleitung der Prüfung und stellt sicher, dass die Ergebnisse transparent ausgewertet sowie konkrete und mehrheitsfähige Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung für die kommenden Haushalte erarbeitet werden.

Ziel ist es, die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises nachhaltig zu stärken und zukünftige Belastungen für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden soweit wie möglich zu begrenzen.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Die Finanzierung erfolgt aus dem Produkt 1110400 Gremien im Teilhaushalt 0 (FD 01 - Büro des Landrates und des Kreistages) und ist insbesondere dadurch gewährleistet, dass durch den Ausfall einzelner Ausschusssitzungen sowie krankheits- oder anderweitig bedingte Nichtteilnahmen von Ausschussmitgliedern regelmäßig Minderaufwendungen bei Sitzungsgeldern entstehen.

gez. Benjamin Heinke  
Fraktionsvorsitzender  
Fraktion CDU+